

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Gitschinerstraße 17.

Seine Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich
und zwar: Dienstags, Donnerstags und
Sonntags Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Frachtkosten: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 15 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland 12 1/2 Sgr., (44 Kreuzer südd. Währ.)

Bestellungen werden answärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem soliden Expediteur entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien, America, China und Japan Mr. A. Daensing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

Politischer Theil.

Berlin, 16. December.

H. Die fortschrittliche Bourgeoisie giebt jammervollster Weise ein Volksrecht nach dem andern preis. Die „Wächter der Verfassung“, wie sich Abgeordnete jener Partei hochtrabend zu nennen lieben, als sie einst mit dem Feldgeschrei: „Diesem Ministerium keinen Groschen“, und noch vor zwei Jahren mit dem Ruf: „Keine neuen Steuern“, auf den politischen Kampfplatz zogen, als sie für alle freirechtlichen Rechte zu kämpfen versprochen, da ahnte man wohl nicht, daß alles dies leerer Schall sei. Es war doch gläublich, daß jene Fortschrittmänner, wenn auch jeder Manneskraft, wenn auch gänzlich unfähig kühner That, doch wenigstens stets den Rechtsstandpunkt wahren würden, worauf sie sich stets so viel zu Gute gethan.

Weit gefehlt! Gleichwie die vorgeblich socialistische Volkspartei sich gegenwärtig in die Arme der Fortschrittler werfen möchte und mit ihr gemeinsam auf die von Ferdinand Lassalle begründete Arbeiterpartei schimpft, um sich so die Bourgeoisie und deren Gelder zu erhalten, welche bei dem jetzt immer wichtiger werdenden Klassenkampfe auf der Seite der rechts ist, ebenso retrirt die fortschrittliche Bourgeoisie jetzt auf die Nationalliberalen los.

Die gesammten liberalen und reactionären Bourgeois — und Bourgeois sind jetzt auch die Großgrundbesitzer — „concentriren sich rückwärts“ vor den anrückenden Arbeiterbataillonen!

Die Rechtsförmlichkeit der Fortschrittspartei muß natürlich vorbereitet werden. So ohne weiteres können die „Männer von Stahl mit dem eisernen Charakter“, die „Verfassungsnachwächter“, sich nicht in den nationalliberalen Lager schleichen. — Und was für Vorbereitungen treffen nun die Fortschrittler? Sehr einfach: Sie geben die Volksrechte preis! Dieselben Volksrechte, die sie einst mit so großen Worten zu wahren versprochen, sie werden mit Füßen treten!

Wir haben vor Kurzem dargelegt, wie die fortschrittlichen Abgeordneten durch Vorschlag eines Communalwahlrechts für die Communalwahlen einen Verrath am Volk begangen haben. Wir haben zugleich dargelegt, wie die Berliner „Volkszeitung“, das sogenannte Blatt für Jedermann aus dem Volke, dieser Monarchie der Fortschrittler, das direkte Wahlrecht bekämpfte und die indirekte Wahl, welche die Arbeiterklasse in schamlosesten Maßregelungen und Bedrückungen begiebt, auf ihre Fahne geschrieben hat. Jetzt haben wir abermals den klaren Beweis dafür, daß die Fortschrittler, um der Bourgeoisie zu Liebe dienen, gesonnen sind, den Rechtsstandpunkt fahren zu lassen.

Es betrifft diese neue Verböhnung der Demokratie das Steuerbewilligungsrecht. Das Recht der Volksvertretung: die Steuern der executive Regierung zu willigen oder zu verweigern, ist selbstverständlich ein Volksrecht, welches in einem Staat, der nicht ein absoluter ist, nicht fehlen darf. Auch in Preußen besteht ein solches Recht, wiewohl es nur Stückwerk ist. In Preußen ist nämlich erstens das Abgeordnetenhaus eine demokratische Vertretung des Volkes, sondern in Folge des Dreiklassenwahlsystems eine Vertretung des Adels; ferner ist diesem Abgeordnetenhaufe das Recht, bereits bestehende Steuern zu verweigern, genommen, daß nur bei Einführung neuer Steuern dieselben verworfen werden können. Obgleich somit die preussische Verfassung durchaus keine demokratische ist, so nicht abzustreiten, daß das Recht: neue Steuern der Regierung zu verweigern, unter allen Umständen den Männern der Opposition gehandhabt werden muß.

Vielleicht war diese Steuerverweigerung, dieses Feldgeschrei: „Keine neuen Steuern“, das stehende

Prinzip der Fortschrittspartei. Es war das einzige, wodurch sich die Fortschrittler von den Nationalliberalen unterschieden, das einzige, wodurch sie die Sympathie eines Theils der Arbeiterklasse gewannen. Jetzt, nachdem alle Volksrechte nacheinander, auch das Wahlrecht, von der Fortschrittspartei mit Füßen getreten sind, kommt die Steuerverweigerung auch an die Reihe.

Wir finden in der „Volkszeitung“ an der Spitze des Blattes eine Anzahl von Leitartikeln, zu denen die Redaktion die Note macht: „Von einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses.“ In diesen Artikeln wird der Plan des neuen Finanzministers, das Deficit zu beseitigen, bekämpft. Dieser Plan geht dahin, durch Einstellung der gesetzmäßigen jährlichen Abzahlung der Staatsschulden das Deficit zu beseitigen. Ein Einstellen der gesetzlich geforderten Abtragung der Staatsschulden ist natürlich nichts weiter, als eine Vermehrung der Schulden, also eine Belastung des Volkes, und da das Bestehen des heiligen Militärsystems gerade der Grund einer solchen Vermehrung der Volkslasten ist, so ist es selbstverständlich, daß jeder Demokrat und Liberale diesen Plan bekämpfen muß. Dies thut auch der fortschrittliche Abgeordnete in jenen Artikeln der „Volkszeitung“; aber er geht nicht von dem Standpunkt des wahrhaft demokratischen Volksvertreters aus, der sich dahin zusammen fassen läßt: So lange eine Regierung zu reactionären Zwecken, insbesondere für stehende Heere, die Staatseinnahmen verwendet, dürfen ihr unter keinen Umständen Steuern bewilligt werden! Jener Abgeordnete schreibt über den Plan, die gesetzliche Schuldentilgung einzustellen:

Wüßte nicht vielmehr, bevor die Schuldentilgung für die Dauer eingestellt wird, der Versuch gemacht werden, die Ausgaben, welche nicht als nothwendig anzusehen sind, angemessen zu vermindern, um die Einnahmequellen zu vermehren? Von zwei Dingen eins. Entweder ist das Deficit ein vorübergehendes, das nur noch 1870 und vielleicht 1871 fortdauern wird. In diesem Falle muß man daran denken, den Anfall dieser beiden Jahre durch Verwendung vorhandener Bestände, Verminderung einzelner Ausgabeposten, durch Steuerzuschlag und jezt wenn es nicht anders sein kann, durch eine kleine Anleihe, vermittelt Ausgabe von Schatzscheinen zu decken, kann aber niemals auf Grund dieses Defizits eine Maßregel ergreifen, welche für 17 wichtige und große Anleihen die Tilgung thätiglich für immer abschafft. Oder das Deficit ist ein dauerndes und wird, wenn nicht auf die Dauer die Ausgaben erheblich gesteigert werden, für die nächsten zehn, zwanzig Jahre nicht verschwinden. In diesem Falle bleibt — wir sprechen das ohne Bedenken aus — nichts übrig, als eine dauernde Steuererhöhung.

Unserer Meinung zu Folge, und diese Meinung scheint auch die Mehrheit des Abgeordnetenhauses und selbst der Finanzminister zu theilen, ist aber das Deficit kein dauerndes, es wird bei geordneter Finanzverwaltung 1871 nur noch zu einem kleinen Theile, 1872 gar nicht mehr existiren.

In obigem zerreißt der edle Fortschrittshebel ohne weiteres das bisherige Programm seiner Partei: „Keine neuen Steuern.“ Nicht nur für den Fall, daß das Deficit, welches die gewaltigen Ausgaben für das stehende Heer hervorgerufen haben, ein vorübergehendes ist, selbst wenn es ein dauerndes ist, will jener edle „Nachwächter der Volksrechte“ das Volk noch mehr mit Steuern belasten! Das ist selbst der „Volkszeitung“ zu viel. Sie fürchtet offenbar den Abfall der letzten Arbeiter von dem Fortschrittlerthum. Deshalb sät sie bei der Forderung einer dauernden Steuererhöhung bei andauerndem Defizit die Note hinzu:

Wenn nicht die Ursache des Defizits, der hohe Militäretat, vermindert wird. Diese Alternative würden wir natürlich vorsehen.

Köstlich! Die „Volkszeitung“ meint, sie würde es „vorziehen“, wenn der Militäretat verringert werde! Also so vertritt man Volksforderungen!

Uebrigens ist diese Note der „Volksztg.“ wie wir

oben bemerkt haben, nur eine Finte. Es soll aussehn als stehe das edle Blatt für Jedermann aus dem Volke — noch auf dem Standpunkt der Steuerverweigerung. Aber das ist keineswegs der Fall! Wohlweislich steht die Note nur dort, wo es sich um dauernde Steuererhöhung handelt. Bei dem Vorschlag, ein vorübergehendes Deficit durch Steuerzuschlag zu heben, steht keine Bemerkung!

Das Resultat ist: Die „Volkszeitung“ nebst dem Abgeordneten, der diese Artikel geschrieben hat, ja nebst den gesammten fortschrittlichen Abgeordneten, welche durch ihr Stillschweigen diesem Bruch des demokratischen Princips zugestimmt haben, sie alle sind bereit, dem jüngen reactionären Ministerium unter Umständen Steuern zu bewilligen, sie haben dem demokratischen Standpunkt den Rücken gekehrt, sie sind nationalliberale Compromißmacher geworden.

Das letzte Recht des Volkes, die Steuerverweigerung, auch das wird von der fortschrittlichen Bourgeoisie zur Seite geworfen, und zwar mit voller Ueberlegung!

Als wir den erwähnten Artikel der „Volkszeitung“ zu Gesicht bekamen, trauten wir unsern Augen kaum. Und obgleich wir uns sofort daran machten, ihn zu besprechen, schien es uns, offen gesagt, unmöglich, daß die Fortschrittler in ihrer Erbärmlichkeit so weit gehen würden, den Grundsatz der unbedingten, principellen Steuerverweigerung zu verlassen.

Glücklicherweise sind wir jezt aller Zweifel enthoben.

Das Organ des preussischen Ministeriums, die „Nordd. Allg. Ztg.“ begrüßte gleich in ihrer nächsten Nummer jenen Entschluß der Fortschrittler mit unverholnem Jubel.

Jezt war es an den Abgeordneten der Fortschrittspartei, durch einen sofortigen energischen Protest das Vorgehen ihres Moniteurs und eines aus ihren Reihen zurückzuweisen. Offen mußten sie sich von der Principienverletzung lossagen, wenn sie noch einen Haufen Ehre im Leibe hatten.

Wir warteten damit, unser Urtheil über die gesammten fortschrittlichen Abgeordneten auszusprechen, denn wir erwarteten einen geharnischten Protest.

Doch nichts dergleichen ist geschehen. Die ganze saubere Gesellschaft läßt ihr Programm: „Keine neuen Steuern.“ fahren, die ganze saubere Gesellschaft macht sich zu Mitschuldigen an jenem Bruch des demokratischen Princips.

Wir haben wahrhaftig keine gute Meinung von den Fortschrittlern gehabt, aber für solche Wetterfahnen haben wir sie doch nicht gehalten.

Das Programm, auf das hin die Fortschrittler gewählt sind, sie haben es einfach verleugnet!

Das mögen sich besonders die Arbeiter merken, die bei den letzten Wahlen noch fortschrittlich stimmten!

Das mögen sie sich merken! Dann werden sie im nächsten Sommer den Fortschrittsgötzen im Sumpfsteden lassen, wohin er von Rechts wegen gehört!

Berlin, 16. December.

H. Die Reactionäre sehen sich, wohl nicht zu ihrem Vergnügen, jezt auch genöthigt, sich einzermassen um die sociale Frage zu bekümmern, und so kommt es denn, daß selbst die Gelehrten der „Kreuzzeitung“ sich gemüßigt finden, sich ein wenig in Nationalökonomie und Socialpolitik zu ergeben. Bislang pflegten die Vorkämpfer des Feudalismus ein Thema bis zum Ueberdruß breit zu treten: „Die Gefährdung von Thron und Altar durch die Demokratie.“ Jezt steigt auf einmal im Hintergrunde die Social-Demokratie oder, wie die „Kreuzzeitung“ sich kräftiger auszudrücken weiß, der Communismus als drohendes Gespenst empor und noch zum Ueberfluß dem heiligen Eigenthum zu Leibe geht. — Das darf nicht gebuldet werden; also kühn legt der Kreuzritter die Feder als Lanze ein und gallopirt auf die „Communistentotte“ los. —

Das Wehgeul, welches die Kreuzzeitung jetzt in ihren Leitartikeln ausstößt über den bösen Liberalismus, der das Aufstehen des Communismus verschuldet haben soll, und über den noch böseren Communismus selbst ist höchst ergötzlich. Noch ergötzlicher ist die Unwissenheit des feudalen Zeitungsschreibers in Betreff der Forderungen der Arbeiterklasse. Wir wollen daher im Folgenden den Schmerz der „Kreuzzeitung“ zum Ergötzen unserer Leser die Spalten öffnen. Abgesehen von einigen Bemerkungen, brauchen wir das Geschreibsel keiner Widerlegung zu würdigen. Das feudale Blatt beginnt:

Die Arbeiterfrage, welche jetzt überall so viel bewegt wird, ist nicht die sociale Frage, sondern nur ein Theil derselben. Aber weil die socialistische, wie die politische Agitation, vorzugsweise an sie anknüpft und mit ihr experimentirt, und weil an ihr allerdings das Hauptmoment der socialen Frage zu Tage tritt, liegt es sehr nahe, den Theil für das Ganze zu sehen. „Die Grundrichtung, welche der ganzen Bewegung im Arbeiterstande ihre Bedeutung giebt und ihr eigentliches Wesen ansmacht, ist auf Verbindung, auf Vereinigung der Arbeiter gerichtet, um so mit vereelter Kraft die Interessen der Arbeiter geltend zu machen.“ So sagt Bischof Ketteler auf der Liebfrauenhaider Versammlung.

Diese Erklärung ist nicht nur richtig, sie gilt auch für die socialistische Bewegung überhaupt.

Das Grundübel, an welchem unsere Zeit krankt, welches sie dem Liberalismus verbannt und an dessen weiterer Ausbildung die Staatsgewalten fort und fort arbeiten, ist die gesellschaftliche Desorganisation. Man hat so lange „befreit“ und „befreit“, bis zu Gunsten eines abstracten Staatsbürgerthums, oder gar des freien Menschenthums, alle natürliche Gliederung verschwunden und die absolute Vereinzelung übrig blieb.

Dass die Auflösung der alten Ordnungen den Arbeiter am härtesten treffen mußte, weil sie ihn zwar sehr frei, aber völlig hilflos machte, — das lag speciell in der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.

„Durch Auflösung aller alten Verbindungen — sagt Bischof Ketteler — wurden die Arbeiter gänzlich isolirt und lediglich auf sich angewiesen. Jeder Arbeiter stand mit seiner Arbeitskraft, die sein ganzes Vermögen ausmacht, allein da. Ihm gegenüber aber stand die Geldmacht, welche in demselben Maße dem Arbeiter gefährlich wird, als der Inhaber ohne Gewissen, ohne Religion ist, und sie daher nur zur Befriedigung seines Egoismus braucht. Die Grundzüge der modernen Volkswirtschaft hatten die entgegengesetzte Wirkung: die Menschenkraft in dem Arbeiter und die Geldmacht in der Hand des Capitalisten. Der Arbeiter mit seiner Kraft wurde isolirt; die Geldmacht dagegen wurde centralisirt.“

In dieser Lage wurden die Arbeiter, welche ihre allmähliche Abstufung als eine fortschreitende Freiheitsentwicklung abmehlten, von der politischen, wie von der socialistischen Agitation erfasst. Jene, welche den Arbeiter auch zum politischen Werkzeug der Geldmacht gebrauchen wollte, beschränkte ihn, dass er, als freier Mann, „sich selber helfen“ müsse; diese, welche ihn zum Umsturz der staatlichen Ordnung mißbrauchten wollte, proclamierte, daß der Staat für ihn sorgen müsse.

Wir haben nichts gegen das Prinzip der „Selbsthilfe“, wenn man es nur nicht — ganz abgesehen von politischen Hintergedanken — als ein Universalmittel gepriesen hätte, während sein praktischer Nutzen nur einzelnen Arbeitergruppen zu Gute kommen konnte. Es hat wohl Outes gestiftet: die auf Grund desselben gestifteten Vereine haben lokal die Lage des Arbeiters erleichtert; man wird auch in Zukunft davon nicht absehen können. Aber eine Lösung ist darin nicht zu finden, da es in dem Verhältniß des Arbeiters zur Geldmacht, wie es Bischof Ketteler richtig schildert, im Großen und Ganzen doch nichts ändert.

Wohl aber hat die politische Agitation, welche, um dem Arbeiter die Fröhenhaft gegen die Geldmacht abzuschwächen, sein Selbstgefühl bis zur Selbstüberhebung steigerte und seiner „Intelligenz“ alle Fragen von höchster Bedeutung anvertraute, — dies hat der socialistischen Agitation die Wege bereitet, als diese, besonders durch den so geliebten Casselle dem Arbeiter statt der Selbsthilfe, deren unzulängliche Wirkung derselbe praktisch kennen gelernt hatte, die Lösung gab: Staatshilfe!

So die „Kreuztz.“! Das, was im obigen richtig ist, ist die Anerkennung des Classenunterschiedes. Unwahr ist die Behauptung, daß die Socialisten verlangten, daß der Staat für sie sorgen müsse; sie wollen nur, daß die jetzige Ausbeutung aufhöre! Höchst lächerlich ist schließlich das Geschrei von der „Selbstüberhebung der Arbeiter.“ Weiter schreibt die Kreuzzeitung:

Staatshilfe! — das ist der Köder, welchen die Socialisten andrewen, um die Arbeiter an ihre Leine zu bekommen.

Und warum nicht Staatshilfe? — Verschmäht etwa die Geldmacht solche Hilfe? Freilich, wenn man ihre Agenten hört, welche den Arbeiter auf die Selbsthilfe verweisen, sollte man meinen, der Verkehr, die Groß-Industrie, die Actionäre der großen Speculation u. s. w. beanpruchten gar nichts vom Staate, weil sie es manchmal vortheilhaft finden, das *Laissez faire* — *laissez aller* zu predigen.

Warum soll der Arbeiter nicht auch Hilfe vom Staate verlangen, so weit dieser in der Lage ist, solche gewähren zu können, durch eine Gesetzgebung, welche den Arbeiter gegen Ausbeutung schützt, gegen die er lediglich auf Grund der Vertheilung von Angebot und Nachfrage keinen Schutz findet? Die Hilfe, in welchen ihm der Staat Hilfe bringen kann, sind zahlreich genug; die Gesetzgebung hat sie auch in letzter Zeit vielfach ins Auge gefaßt, und die schrecklichen Unglücksfälle, von denen unlängst große industrielle Establishments heimgesucht worden sind, müssen Regierungen und Kammern auffordern, für Leben und Gesundheit des Arbeiters eine Versicherung zu finden, welche manche indu-

strielle Establishments sich bisher nur für die leblosen Instrumente der Arbeit zu schaffen wissen.

Nur die kalte Abstraction der liberalen Doctrin, welche in dem Staat lediglich das Product des individuellen Betriebes erblickt, kann ihn von der Pflicht entbinden, während und während für diejenigen Klassen einzutreten, die sich einer den eigenen Kräften unüberwindlichen Concurrenz gegenüber befinden. Aber — es ist eine bewusste Feindschaft der Demagogie, welche dem Arbeiter vorspielt, daß der Staat im Stande sei, etwa durch Gewährung des „Rechts auf Arbeit“ dem Arbeiter die Mittel der Existenz zu geben.

Um dem Arbeiter diese Möglichkeit plausibel zu machen, läßt man ihm ein „übermäßiges Selbstvertrauen“ ein und gleicher Weise ein „unvernünftigen Haß“.

Das erstere soll ihm die Aspiration geben, sich der Herrschaft über den Staat zu bemächtigen; der andere soll dazwischen führen — das Capital aus der Welt zu schaffen!

Der Socialismus, welcher sich mit der Demokratie verbindet, proclamirt im vermeintlichen Interesse der Gleichheit, d. h. des gleichen Elends, die angesprochene Klassenherrschaft; und die Demagogie, welche unter dem Namen der Friedens-Ligue, alle revolutionären Tendenzen concentrirt, predigt im Namen der Freiheit eine Föderation von freien Staaten, die nur hervorzustellen wäre durch eine Gewaltthatigkeit ohne Gleichen, weil sie sich zugleich richten müßte gegen die Natur, wie gegen die Geschichte. Auf dem socialen Gebiete die Vernichtung der individuellen Freiheit durch Vernichtung des individuellen Eigenthums, so wie durch Vernichtung des Familienlebens; auf dem politischen die Vernichtung der an die Staatenbildung geknüpften individuellen Cultur-Aufgaben — das ist das lödliche Ziel, welches diesen Sommer in Eisenach, in Basel, in Lausanne aufgestellt wurde, zu dessen Erreichung die Arbeitermassen organisiert werden.

Aber der Wahwitz, welcher jetzt erschreut, ist doch nichts als die reife Frucht der „liberalen Ideen“, die den Staat ebenso von seinen historischen Grundlagen ablösen, wie sie das organische Leben auf den geistlosen Mechanismus der bloßen Zahlenbestimmung zurückführen wollen.

Und wenn die Social-Demokraten jetzt drüber her sind, den Staat und die Gesellschaft auf den Kopf zu stellen: was hat denn der Liberalismus anderes gethan oder doch gewollt? Wiederrum gar lächerliche Ausführungen. Also das sog. „Recht auf Arbeit“ soll auch jetzt noch, wie vor zwanzig Jahren, das Schlagwort der Socialisten sein! Ei, ei! Jetzt fordert doch jeder: Abschaffung der Lohnarbeit und Einführung der Productivassocation.

Auch wollen die Socialisten nicht das „Capital“ aus der Welt schaffen, sondern die „Capitalistenklasse“ nicht die „Menschen“ gleich im Elend“ machen, sondern „gleich in der Arbeit“. Eisenach, Basel, Lausanne u. s. w. scheint die „Kreuztz.“ endlich nur vom Hörensagen zu kennen. Das erblutet auch aus Folgendem:

Es ist die Barbarei, in welche die Welt gefährt werden soll mit Hilfe der Arbeiter-Agitation, deren Leidenschaften man mit dem Gifte des Communismus tränkt. Es ist die Barbarei, welche der Baseler Arbeiter-Congress der Welt ankündigt, indem er das individuelle Eigenthum an Grund und Boden für unberechtigt erklärte, sich seine Entscheidung über das individuelle Eigenthum an beweglichen Gütern noch vorbehalten.

Es ist die Barbarei, welche der Friedens-Congress zu Lausanne proclamirt, indem er den Krieg der Deere abgeschafft wissen wollte, (1) damit der Krieg aller gegen alle — die Revolution — ihren Anfang nähme.

Das ist Wahnsinn — sagt man. Aber leider schöpft der Wahnsinn, der in diesen Manifestationen glüht, seine Nahrung aus Ideen, die aller Welt geläufig sind, — aus Ideen, welche der Liberalismus großgezogen hat, und denen er noch immer seine Existenz anvertraut.

Durch die mechanische Auffassung des Staatswesens, welches er eben so sehr seines providentiellen Charakters entkleidet hat, wie er der Religion ihre göttliche Natur befreit, hat er den Uebermuth des Individuums groß gemacht und durch die Prakticirung einer abstracten Gleichheitsdoctrine die Zahl zum Ordner aller Dinge gemacht, — so daß den Klassen, wenn sie erst zum Bewußtsein ihrer numerischen Ueberlegenheit gekommen sind, nichts näher liegt, als der Gedanke: die politische Gleichheit zu einer Gleichheit der materiellen Lebenslage umzuschaffen.

Dazu die Geldwirtschaft unserer Zeit, welche viel zu granenlaste Contrast schafft, als daß dem einmal geweckten Gleichheits-Bewußtsein der giftige Stachel fehlen könnte.

Das Gesetz der Autorität ist zum Spott geworden. Im Staate und in der Kirche wie in der Gesellschaft, — die Majorität ist berufen, über alle Fragen der Weisheit wie des Bewusstseins zu entscheiden. Und man sollte sich darüber wundern, wenn die Majorität mehr und mehr Demjenigen zufällt, welche auf den Unverstand freisetzen, indem sie die Leidenschaften anzuregen verstehen?

Und läßt man sich durch die fittlich drohende Gefahr etwa warnen? Ruht die liberale Agitation auch nur einen Augenblick in der Aufwühlung der Massen? oder thut sie etwas, um die Zahlenverhältnisse durch Organisation zu berechnigen?

Was aber ist zu thun? — Alte Bildungen lassen sich nicht wieder herstellen, wenn sie einmal zerstört sind; und — um ein Nächstliegendes zu erwähnen — ein wahrhaft freier, in seiner Existenzfähigkeit gefestigter, durch Standesehre fittlich gehobener Handwerkerstand läßt sich nicht wieder herstellen, ebenso wenig als neue Bildungen sich künstlich schaffen lassen.

Aber wo noch feste Organisationen vorhanden sind, sollte man sich hüten, sie im Namen der Einmüthigkeit zu zerstören; wo die Noth ersunderlich macht, sollte man nur organische Bildungen — worunter wir natürlich nicht die auf einzelne Zwecke gerichteten Genossenschaften verstehen — pflügen. Vor allen Dingen aber möge sich der Liberalismus hüten, den einzigen Schutz, welcher der bedrohten Gesellschaft geblieben ist — das Königthum in seinen Fundamenten anzugreifen.

Der Wahnsinn vor zu seiner Zeit so berechtigt, wie in der gegenwärtigen. Und wir wollen hoffen, daß die Parteien,

welche sich um parlamentarische Herrschaft streiten, aus dem Verhandlungen so vieler Arbeiter-Congresse mindestens das Eine gelernt haben: daß auch die parlamentarische Autorität, wie jede andere, vor dem Majoritätsbewußtsein der Massen in den Staub gefallen ist.

Ja „Gibt des Communismus“, die „communistische Revolution“, das ist ein schönes Schlagwort. Und um die „Kreuztz.“ zu erfreuen, wollen wir ihr nun bemerken: daß wir sogar die Friedenscongreßler, vor denen ihr graut, nur für halbe Socialisten halten; daß wir schon lange fordern: daß nicht nur Grund und Boden, sondern auch das übrige zur Production gehörige Eigenthum, Fabriken u. s. w. aufhöre Privateigenthum zu sein und Gemeingut der Productivassociationen werden. Ei, wir sind gar gränliche „Communisten“ liebe Kreuzzeitung! Wir sind echte „Barbaren“!

Kundschau.

Berlin, 16. December.

Die Ministerkrisis in Oesterreich ist der wichtigste Gegenstand der Tagesgeschichte. Der Minister Giskra wird, wenn nicht aller Anschein trügt, mit den eigentlichen Bourgeoisministern abtreten müssen. Die unglückliche Belämpfung des Russlandes in Dalmatien ist der Hauptgrund dieser Krisis. — Filt die Arbeiterbewegung stellt sich diese Angelegenheit sehr günstig, denn gerade die jetzt dem Sturz nahen Minister haben dieselbe in letzter Zeit niedergedrückt. Eine gewaltige Arbeiterdemonstration am 13. December zur Geltendmachung der Forderungen der Arbeiterpartei war somit tröstlich am Plage.

Die Wiener Blätter berichten über die vorerwähnte Arbeiterdemonstration nachfolgend: Schon um 8 Uhr Morgens zeigten sich auf dem Plage vor dem Schottenhof einzelne Gruppen von Arbeitern. Gegen 9 Uhr zog Colonne auf Colonne von allen Seiten herbei, die Arbeiter der Bahnen mit ihren blauen Kappen sind in großer Zahl dabei vertreten und nahmen in der Wägringstraße vis-à-vis dem Abgeordnetenhause Aufstellung. Auch hatten fast sämtliche Arbeiter der umliegenden Gassen die Arbeit eingestellt und sich angeschlossen. Nachdem sich die bei dem Abgeordnetenhause postire Menge, 15,000 an der Zahl, so angeordnet hatten, daß sie die ganze Fahrstraße versperre, zog sie, dem Ansuchen der Civilwachmannschaft folgend, auf den Paradeplatz, und bildeten daselbst ein, fast den ganzen ungleichen Raum bedeckendes Quard. — Umgefahr um 11 Uhr erschien eine Deputation, mit Herrn Hantung an der Spitze, auf dem Plage und es wurde eine Petition entworfen, in der die Erwartung ausgesprochen ist, daß das Ministerium noch in dieser Session dem Reichsrathe Vorlagen über das allgemeine directe Wahlrecht machen, und daß letzterer die bereits auf der Tagesordnung stehenden Forderungen der Arbeiter, als Gewährung des Coalitionsrechts und Aufhebung der Zwangs-genossenschaften sofort am Beginne der Session in Gunsten des Volkes erledigen werde. Die Petition schließt folgendermaßen: „Wir unterlassen hierbei nicht das Ministerium daran zu erinnern, daß das Volk Bürgerchaften verlangt für den Frieden und die Freiheit, und zwar die Beilegung der stehenden Deere durch Einführung der allgemeinen Volksbewehrung. — Sollten die erwähnten Forderungen in dieser Session nicht berücksichtigt werden, so dürfte es möglich sein, daß das Volk wiederholt in großen Massen erscheint, um seinen Willen kundzugeben. Eine Deputation begab sich hierauf in das Palais des Minister Laasse, welcher drei ihrer Delegirten empfing; derselbe ist der Öegner Giskras. Sie trugen die Wünsche der Arbeiter vor, und übergaben dem Ministerpräsidenten die mitgebrachte Petition. Graf Laasse las dieselbe durch und erwiderte, er könne sich auf die Einzelheiten des Schriftstückes nicht einlassen, unsemocht, als er nicht die Regierung selbst, sondern nur Mitglied derselben sei; aber einzelne Forderungen der Arbeiter sei im Ministerrathe bereits öfter gesprochen worden. Im öbrigen bemerkte der Minister wiederholt, daß er das demonstrative Vorgehen der Arbeiter als ein Heranstreten aus dem Gebiete entschieden mißbilligen müsse, obwohl es ihn freut, daß sich die Arbeiter vollkommen ruhig verhielten. Gleichwohl sei es eine Art Revolte. — Die Deputation begab sich sodann zu der noch immer harrenden Menge, um ihr die Antwort zu überbringen. Die Versammlung zog sodann in geschlossener Reihe nach Jobels Bierhalle wo eine Volksversammlung ihre Zustimmung zu dem Vorgehen der Deputation aussprach.

Die Bourgeoisfreiheit natürlich gewaltig über das so energische und erfolgreiche Vorgehen der Arbeiter. So lamentirt z. B. die fortschrittliche *Bevolkerung* „Voss“:

War gestern die Thronrede vom Publikum noch nicht in entsprechender Weise gewürdigt worden, so trug der „Arbeitertribunal“, der gestern in Scene gesetzt worden ist und der die Aufmerksamkeit auf sich zog, viel dazu bei. Die „Verhörung unserer Arbeiter“ durch angeblich social-demokratische Hydranten, eine Verhörung, an welcher sich neulich die feudalen und clericalen Blätter, natürlich mit dem Hintergedanken, die Freische für ihre Zwecke auszubenten, heftig zu betheiligen, beginnt sehr unangenehme Erscheinungen zu Tage zu fördern. Wir möchten gerade im Interesse unserer freichitlichen Institutionen nur wünschen, daß unsere Arbeiter bald ihrer Bestimmung kommen mögen. Den Rath, mit dem Terrorismus zu drohen, wie sie es gestern gethan, können ihnen nur ihre und der freichitlichen Entwicklung schimmeln Feinde gegeben haben.

So einer der vielen Anglisten der Bourgeois. Aber je toller diese sich gebahrt, je herzlicher werden die social-demokratischen Arbeiter ihren Wiener Brüdern ein: „Glück auf!“ zuzufen.

Vereins-Teil.

(Für den Allg. deutschen Arbeiter-Verein.)
in die Mitglieder des Allgem. deutschen
Arb.-Vereins.

Zurückgelehrt von meiner siebenwöchentlichen Organisationsreise fühle ich mich gedrungen, einige Worte die Parteigenossen zu richten.

Diese Reise war für mich lehrreich. Ich habe mich davon überzeugt, daß manche geschäftliche Mängel im Verein bestehen, die mir nicht hinlänglich bekannt waren. Ich werde bestrebt sein, diesen Mängeln ein Ende zu machen.

Ich glaube, daß diese Reise dazu beigetragen hat, innere Ordnung der Partei zu fördern; was etwa dieser Beziehung noch zu thun bleibt, wird die nächst zusammentretende Generalversammlung vollenden.

Die Hauptkenntnis aber, die ich auf meiner Reise gewonnen habe, ist diese: daß im Großen und Ganzen und Alles in Allem genommen, die Partei niemals stärker, niemals einiger und zahlreicher war als in diesem Augenblick.

Vergebens waren alle Versuche der Reaction mit ihren Polizeischwierigkeiten und Verfolgungen, vergebens das Toben der Fortschrittspartei mit ihrer ungeheuren Bekämpfung, vergebens die Schläge der ritterlichen Demokratie („Volkspartei“) mit ihren klappen Unterwühlungsversuchen, vergebens alle Mühen und alles Stürmlaufen der vielnamigen Gegner: härter und gewaltiger als je stand die Partei kein erhabenderes Gefühl war möglich, als im alten Deutschland zu sehen, wie die Arbeiter überaus mit fester Einheit und fähigem Muth unserer großen demokratischen Vereinigung anhängen. Wohl habe ich überall dieselbe Arbeiterleid vorgefunden — überall auch jene unbegreiflichen Männer von heller Erkenntnis und festem Willen, die da gesonnen sind, in der brüchlichen Einheit die Lösung der großen Frage des Jahrhunderts herbeizuführen. Schreiten wir voran dem betretenen Weg und der Sieg ist unser.

Aus tiefstem, innerem Herzen danke ich nunmehr einmal denjenigen, die mir in diesen weiten Gauen so vielen Seiten unerschütterten Vertrauens entgegen gekommen sind. Ich spreche insbesondere meinen Dank für das Vertrauensvotum aus, welches mir an sämtlichen Orten einstimmig dargebracht wurde.

Schweren und unablässigen Kampfe gegen die zahllosen und mächtigsten Gegner der Arbeitersache ist das Vertrauen der Arbeiter meine beste Kraft. Die zahlreichen Empfangs- und Abschiedsfeierlichkeiten, die Ständchen und sonstigen Festlichkeiten an verschiedenen Orten habe ich entgegengenommen. Volkstodemonstrationen für die große Sache, die ich mit dem Willen der Arbeiter zu vertreten habe. Die Männer aus dem Volk wollten den Gegnern des Volkes die Verbreitung der social-demokratischen Lehre zeigen und dies ist ihnen gelungen.

Ich habe erkannt, daß trotz der unablässigen Androhungen der Gegner, trotz der Schmähschriften, die ich überall hin bezauberte, ja theilweise vielleicht gerade wegen dieser Wuthausbrüche, die nur scheinbar mich, in Wirklichkeit gegen die Macht der selbständigen Arbeiterpartei gerichtet waren, jenes Vertrauen zu mir in noch höherem Maße vorhanden ist, als ich selbst es mußte. Tief in meine Seele haben sich die unvergesslichen Eindrücke dieser Reise gesenkt. Ich werde meine Schuldigkeit zu thun wissen.

Ich kenne meine Pflicht gegen die Arbeiter. Die Arbeiter werden ihre Pflicht gegen denjenigen kennen, der sie selbst berufen haben. Ich zähle auf Euch — ich zähle auf Euch — zählet auch Ihr auf mich. Weiblich durch traurige Erfahrung über die Folgen zu großer Milde, habe ich es mir zum festen Vorsatz gemacht, fortan mit rücksichtsloser Strenge Ordnung und Disciplin aufrecht zu erhalten. Das unerschütterliche Princip, die unverkehrte Organisation zu haben — in fester Hand die alte Fahne voranzutreiben — das wird mein unerschütterliches Bestreben sein. Keine Nachsicht, keine Concessionen mehr! Unerbittliche Strenge auf Grund des Princips und der Organisation! — das wird mein Wahlpruch sein.

Die demokratische Offenheit und Entschiedenheit, in welcher Weise ich vorzugehen gedenke, so lange man an die Spitze stellt. Dictatur — ja! Aber keine willkürliche Dictatur, sondern die innerlich fest bestimmte, jede persönliche Willkür ausschließende Dictatur des Princips. Derjenigen, welche diese allen Gegnern gefürchtete Dictatur des Princips, strenge, machbringende Disciplin der Partei nicht anerkennen, diesen mir in Zukunft ihre Stimme nicht zu lassen. Diejenigen, die eine solche Dictatur nicht anerkennen, mögen einen andern Führer wählen. Jeder seine volle Freiheit — die freie Anschließung der Partei entscheidet.

Der Allg. deutsch. Arb.-Verein darf stolz sein auf seine Leistungen. Auf dem weiten Erdenrund ist keine Partei, insbesondere keine social-demokratische Partei, welcher eine solche Klarheit über die Ziele und Mittel, ein so fester Zusammenhang herrscht, wie bei uns. Jeder, der mit mir überall an Ort und Stelle die Zustände kennen gelernt hätte, würde dieselbe Ueberzeugung gewonnen haben.

Wir tragen in uns das Bewußtsein, daß wir die Sache der Wahrheit und der Gerechtigkeit vertreten. Wir sind als practische Männer uns auch bewußt, daß in dieser Welt das Recht nur zum Siege gelangt, wenn die Macht hinter ihm steht. Wir wissen daher, was wir zu thun haben.

Eine aufgeklärte, einige Partei fester und entschiedener Männer — das sind wir, das wollen wir bleiben und so werden wir zum Ziele gelangen. Mit social-demokratischem Gruß:
Der Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins:
Schweiger.

Berlin, 15. December 1869.

An die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins.
Es ist unbedingt nöthig, daß die Beitragsämter in diesem Monate die allerhöchste Pünktlichkeit der Vereinstasse gegenüber innehalten, da ich den Rechnungsabschluss vor der Generalversammlung anfertigen muß. Auch wird streng darauf gehalten, daß nur zahlende Mitglieder auf der Generalversammlung stimmberechtigt sind. Deshalb bitte ich um schleunige und satzungsgemäße Einsendung der Mitgliederbeiträge.
Hafenklever.

An die Mitglieder.
Die Versendung der Anträge zur Generalversammlung kann erst am 19. ds. erfolgen. Die Bevollmächtigten, welche bis zum 22. nicht im Besitze derselben sind, wollen sich beim Secretariat melden.
Berlin, 16. December 1869.
C. W. Tiede, Secretär.

Zur Reise des Präsidenten sei schließlich bemerkt, daß auch in München die sehr zahlreiche Versammlung in schöner Eintracht verlief; einige obwaltende Meinungsverschiedenheiten wurden auf ruhigste und würdigste Weise besprochen. In München sowohl wie in Augsburg wurde dem Präsidenten wie fast an sämtlichen Orten, die er bereiste, nach Beantwortung der Interpellationen ein einstimmiges Vertrauensvotum erteilt. In Würzburg, dem letzten Platze der Reise, am Sonntag Mittag zahlreiche Versammlung mit gleichem Verlauf und Abends Concert mit gelungener Aufführung des „Schüngel“. Dienstag Mittag 12 Uhr traf der Vereinspräsident wieder in Berlin ein und die nächsten Sonnabend in Berlin zusammentretende Versammlung wird gewissermaßen den Abschluß dieser siebenwöchentlichen Organisationsreise bilden.

Noch sei bemerkt, daß in der Versammlung zu Karlsruhe nachstehende Telegramme aus Mannheim und Freiburg eingingen:
Hoch die Versammlung! Hoch die Organisation!
Die Mannheimer Mitglieder. Karl Kanz.
Hoch die Kasselerische Organisation! Hoch Dr. v. Schweiger! Karlsruher Parteigenossen, steht fest wie die Berliner.
Sämtliche Parteigenossen in Freiburg.
Außerdem war von Freiburg ein schriftliches Vertrauensvotum eingelaufen.

Steinfeldesdorf in Schl., 13. Dec. (Versammlung.) Obgleich wir seit längerer Zeit nichts haben von uns hören lassen, so muß doch zur Verabfolgung unserer Parteigenossen constatirt werden, daß auch hier ein fester Kern von Kassellern besteht. Wir hatten am 12. ds. eine Arbeiterversammlung. Aug. Spielmann aus Peterswaldau wurde Vorsitzender, Unterzeichneter Schriftführer. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Arbeitseinstellung der Bergleute im Waldenburger Kreise. Es wurde betreffs derselben folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Die heutige Arbeiterversammlung erkennt die Arbeitseinstellung der Waldenburger Bergleute als gerecht an, und beschließt, den Bezug nach dort mit aller Kraft abzuhalten.“ Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Berliner Concerthandsammlungen. Herr Blaser aus Peterswaldau schilderte das sehr und erfolgreiche Betragen der fortschrittlichen Volksführer und schlug folgende Resolution vor, welche gleichfalls einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung spricht den Berliner Kassellern für ihre Bewand in den Versammlungen im Concerthaus und Waldersee ihren herzlichsten Dank aus, und erkennt diejenigen — gleichviel, ob Arbeiter oder Männer der Wissenschaft — nicht als Demokraten an, welche sich in den Versammlungen der Majorität nicht fügen.“ — Mit social-demokratischem Gruß und einem „Hoch“ für die tapferen Berliner
Ed. Vogel.

Dresberrheide, 11. Dec. (Mahnregelung.) Am 9. ds. hatte der unterzeichnete Bergmann auf der Grube Bergeln Beiträge gesammelt zu einer Versammlung der Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Vereins. Dieses kam den Beamten zu Ohren, worauf der Herr Direktor Volsch sich veranlaßt fühlte, bei an- und abfahrender Schicht jedesmal eine Rede zu halten des Inhalts: daß sich keiner unterziehen sollte, Aufwiegelungen Gehör zu geben. Ferner bin ich ohne Klendigung aus der Arbeit entlassen worden, mit dem Bemerkung, daß ein jeder, der mir einen Beitrag für den Allg. deutsch. Arb.-Verein gezahlt hätte, sofort aus der Arbeit entlassen werden sollte, und daß man dafür sorgen werde, daß, wenn sie auf einer andern Grube angelegt würden, man schriftlich oder mündlich bewirken wolle, daß sie sofort wieder abgelegt würden. Mit social-demokratischem Gruß
Gustav Sinnerknij.

Hamburg, 20. Nov. (Versammlung.) Montag den 15. d. hielten wir hier eine Mitgliederversammlung bei Anwesenheit des Präsidenten Dr. v. Schweiger ab. Der große Saal des Herrn Tütge war in allen seinen Räumen gedrängt voll, so daß im vollen Sinne des Wortes kein Apfel zur Erde fallen konnte. Trotzdem herrschte die größte Ordnung und Ruhe. Nachdem die Versammlung eröffnet und der Präsident mit dreimaligem donnerndem Hoch bewillkommnet war, hielt derselbe eine kurze Ansprache, worin er vorzüglich die letzten Ereignisse in der Partei vorführte. Dann wurde zu Interpellationen und Fragen aufgeführt

und es meldeten sich eine ganze Reihe von Fragestellern, welche alle befriedigenden Aufschluß erhielten. Die verschiedenen Fragen und Antworten hier alle wiederzugeben, würde zu weit führen, nur so viel sei gesagt, daß der Präsident durch seine hiesige Anwesenheit das Vertrauen der Mitglieder auf's Neue dauernd befestigt hat und daß er in allen Stürmen, die da kommen mögen, festest auf uns bauen kann, so lange er selbst auf dem Boden des Princips bleibt. Wir haben geprüft, fast an's Beinahe geprüft, denn die letzten Ereignisse, vorzüglich hier in Hamburg, hatten uns mißtrauisch gemacht, aber wir sind dadurch zur social-politischen Reife gelangt. Mögen jetzt die Gegner von allen Seiten mit ihren Verleumdungen und Verdächtigungen gegen unsern Präsidenten kommen, wir werden sie gebührend zurückweisen. Als sich in der Versammlung Niemand mehr zum Wort meldete, hielt der Präsident noch eine herzliche Abschiedsrede und brachte ein dreimaliges Hoch auf den Allg. deutsch. Arb.-Verein aus. Es wurden noch die Vereins- und Gewerkschafts-Beamten zu einer am andern Tage stattfindenden Conferenz eingeladen, woran die Versammlung geschlossen wurde. Es ließen sich an diesem Abend allein 140 neue Mitglieder aufnehmen. Mit social-demokratischem Gruß
C. Paulsen, Schriftführer.

Kiel, 22. Dec. (Arbeiterversammlungen.) Der am 18. d. M. erfolgte Besuch unsern Vereinspräsidenten Dr. v. Schweiger hat hier einen nachhaltig günstigen Eindruck hinterlassen. Es machten die Mitglieder einen ziemlich Gebrauch von dem Recht der Interpellation. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Stellung der Gewerkschaften zum Allg. deutsch. Arb.-Verein und die Gegensätze zwischen Communismus und Socialismus. Die Anstärkungen, die der Präsident erteilte, befriedigten alleseitig. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung sprach zum Schluß Herrn v. Schweiger ihren Dank für die bisherige Thätigkeit und ihr volles Vertrauen für die Zukunft in einer Resolution aus. — Sonnabend den 20. d. M. hielten wir eine öffentliche Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Niederlage der Fortschrittspartei im Saale des Concerthauses zu Berlin.“ Herr Winter aus Altona war anwesend und berichtete über diesen Gegenstand. Herr Naththai gestellte mit kräftigen Worten die feige Fortschrittspartei. Allgemeiner Beifall erfolgte. Gegner waren anwesend, wagten aber nicht anzutreten. Die Versammlung nahm danach einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Berliner Social-Demokraten gegenüber der Fortschrittspartei völlig einverstanden und erklärt ferner die Fortschrittspartei für gänzlich unfähig, die Interessen des Volks zu vertreten.“ Die anwesenden Mitglieder sehen, daß wir Niemand unsere Schuldigkeit thun. Allen deutschen Arbeitern und besonders meinen Landsleuten in Celle rufe ich zu: „Tretet muthig ein für's Recht, denn die Furcht kennt nur der Knecht.“
S. Beckmann.

Stäpfurt, 11. Nov. (Versammlung.) Gestern hatten wir das Vergnügen, unsern Vereinspräsidenten Dr. v. Schweiger in unser Mitte zu sehen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Präcise 7 Uhr wurde sie durch mich eröffnet. Es wurde durch Acclamation ein Bureau constituirt und Herr Vormann zum Vorsitzenden gewählt, zum Stellvertreter Herr Rask, zum Schriftführer meine Person. Unter enthusiastischen Hurrauschen wurde gegen halb 8 Uhr der Präsident empfangen. Seit lange waren die Versammlungen nicht so stark besucht gewesen, als wo es galt, den Präsidenten zu hören. Derselbe hielt eine kurze Ansprache an die Versammlung, beleuchtete die Produktionsweise der heutigen Gesellschaft, die verschiedenen Klassen und Parteien sowie unsere Organisation. Der Präsident beantwortete ferner alle an ihn gestellten Interpellationen und mochte zum Schluß zur Einigkeit und zum Festhalten an unserm Princip und unser Organisation. Dann erudete die Versammlung mit donnerndem Hoch auf Ferdinand Lassalle, auf Herrn Dr. v. Schweiger und auf die Organisation der Partei. Schluß der Versammlung fand gegen 10 Uhr statt. Mehrere Deputirte der Parteigenossen in der Nachbarschaft waren anwesend. Mit social-demokratischem Gruß
G. Feder.

Schweiger, 13. Dec. (Allgemeiner Bericht.) Nachdem wir am Freitag einen Sieg errungen, ohne Gegner, hatten wir gestern in Eilenborn, nahe vor den Thoren Kachens, einen Kampf zu bestehen, wie ich ihn meinerseits mit Gegnern noch nicht erlebt habe. Die Bourgeoisie hatte den ganzen Kachener Fortschrittstrost dorthin dirigirt, bestehend aus dem unsern Rheinländern bekannten Dr. Au, dem Director Philippys von der „rothen Erde“, einem bedeutenden Etablisement zwischen Eilenborn und Kachen, dem Redacteur der „Kachener Zeitung“, Schneider, dem Vorstand des Fortbildungvereins und noch einigen ähnlichen Helden. Der Vorsitz fiel einstimmig wie in Düren so auch hier in meine Hände. Nachdem Herr Obermann aus Reiviges über die Lage der Arbeiter gesprochen und die heutige Produktionsweise auf das klare geschildert und verdammt hatte, forderte er die Arbeiter auf, dem Allg. deutsch. Arb.-Verein beizutreten. Nun erhielt der Herr Au das Wort, erging sich etwas über die Selbsthülfe und nachdem er in der bekannten Weise, wie es allerwärts durch Wort und Presse geschieht, Herrn Dr. v. Schweiger beschimpft hatte, wendete ich ihn zur Ordnung rief, forderte er nach einem, einschneidenden Quatsch die Arbeiter auf, sich den fortschrittlichen Gewerks- und Bildungsvereinen anzuschließen. Herr Obermann widerlegte ihn nun gründlich. Hierauf erhielt der Director von der „rothen Erde“ das Wort. Er stellte erst sich selbst als Arbeiter hin, lobte dann den guten Verdienst seiner Arbeiter, und schloß schließlich von lauter Bildung über. Hierauf antwortete ein Bergmann Schmitz von hier in den Arbeitern verständlicher Weise jenem Herrn. Nun kam der Dr. Au, der wandernde Apostel an die Reihe. Auch er wußte wie die Vorigen nichts, als auf Dr. v. Schweiger zu schimpfen; auch dem Dr. Au mußte ich seine Universitätsbildung ins Gedächtniß zurückrufen. Nunmehr suchten jene Herren durch Geschäftsbürokraten die Versammlung zu tödnen. Nachdem dies mißglückt war, erklärte ich nun kurz die Organisation unserer Gewerkschaften und des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, und erteilte dem Wanderprediger einige derbe Seitenhiebe. Herr Obermann brachte eine Resolution ein, gegen die man sich Sei-

ten der fortschrittlichen Herren sehr fruchtbar. Sie fingen wieder an zu schimpfen. Endlich kam, nachdem ich noch über die bekannten 45,000 Thlr. Schulz-Delitzsch's gesprochen, die Resolution zur Abstimmung und wurde einstimmig von Seiten der Arbeiter, natürlich abgesehen von jenen Herren, angenommen. Eine zweite Resolution, welche den Dr. Au wegen seiner Beschimpfung des Vereinspräsidenten der öffentlichen Verachtung preisgeben sollte, ebenfalls von Obermann, wurde nicht zur Abstimmung gebracht, da der Bürgermeister auf § 5 des Vereins- und Versammlungsgesetzes, und 101 und 102 des Strafgesetzbuchs hinwies und mit Auslieferung drohte. Ich erklärte mich mit dem Bürgermeister einverstanden, fragt aber zugleich, warum er bei der Beschimpfung des Dr. v. Schweizer nicht gleichfalls protestirt habe. Als bald enthub der Bürgermeister mich der Rüge, die Versammlung zu schließen, und löste sie auf. Die angenommene Resolution lautet: „In Erwägung, daß von beiden Seiten den Richtungen der Schulzeaner und Kassaleaner gemäß die Arbeiterfrage genügend erörtert worden ist, erklärt die Versammlung, daß die Lage der Arbeiter dauernd nur verbessert werden kann, durch die Bestrebungen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins auf Grund seiner Prinzipien.“ Ein Sieg ist abermals für die Partei, trotz aller Anstrengung der Gegner errungen; bald werden wir in die Thore Aachens einmarschiren. Mit social-demokratischem Gruß und Handschlag
F. C. Mann.

Verbands-Cheil.

Für den Allgemeinen deutschen „Arbeiter-Kassabund“.

Allg. Taback- u. Cigarrenarbeiter-Gewerkschaft.
Lübbecke, 13. Decbr. (Strife.) Am 8 d. M. ist auf der Fabrik des Herrn Blase hier selbst die Arbeit eingestellt worden; 36 meistens verheirathete Cigarrenmacher sind brodblos. Unser Bitte um 5 Sgr. Lohnerhöhung wurde höflich zurückgewiesen, ja der Principal erlaubte sich sogar zu bemerken: er wolle uns ausbenden bis auf's Blut; das Blut, das an der Arbeit klebe, wolle er gerne abwischen. Unter solchen Umständen können wir leider die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Kollegen, wir hoffen, daß Ihr unsern Schritt gut heißen und uns nach Kräften unterstützen werdet, denn die Noth ist groß. Reisende Kollegen werden ersucht bis auf Weiteres diese Stadt zu meiden. Unterstützungsgelder sende man an Louis Schmidt, Niedernhorststraße 81 in Lübbecke pr. Westphalen. Das Comité.

Allgemeiner deutscher Maurer-Verein.

Berlin, 16. Dec. (Versammlung.) Gestern war eine geschlossene Mitgliederversammlung, worin Herr Grän-dorf sein Amt als Bevollmächtigter niederlegte. Es wurde Herr Burms gewählt, der nach unserem Wahlmodus durch die nächste Versammlung noch bestätigt werden muß. Darauf kam der Präsident unseres Vereins Herr Lübbecke, und übernahm den Vorsitz. Es wurde dann unser Statut be-rathen und dann der Fragekasten erledigt. Ferner 100 Thlr. für die streikenden Bergleute in Waldenburg aus unserer Strickkasse, so wie 25 Thlr. zur Unterstützung der Lüneburger und 15 Thlr. zur Parteifahrt aus der Lokallasse be-willigt. Cameraden, steht überall fest, wenn auch unser Geschäft im Winter einfrüht, unser Geist aber und unser Herz, mit welchen wir für die Menschenrechte kämpfen, soll nicht einfrühen. Wir freuen uns zur Generalversammlung, wo wir alle Cameraden hier begrüßen können. Mit social-demokratischem Gruß
Mehrere Mitglieder.

Ein Scheusal ohne Gleichen.

Zum Ergötzen unserer Leser stellen wir nachfol-gend in möglichster Kürze einen Theil der von der gegnerischen Presse verbreiteten Anschuldigungen zu-sammen. (Alle zu registriren, ist bei der Masse derselben kaum möglich. Es sind nachfolgend immer nur die Blätter gemeint, die eine Verhuldigung zuerst brachten. Natürlich folgten alle anderen Blätter in der Regel nach.)

- 1) Er hat 2000 Gulden unterschlagen. (Süddeutsche Blätter.)
- 2) Er lebt von den Blutpfeimigen der Arbeiter und ver-praft dieselben mit Tänzerinnen. (Rheinische Blätter.)
- 3) Er lebt nicht von den Blutpfeimigen der Arbeiter, sondern von Bismarck'schen Geldern. (Süddeutsche Blätter.)
- 4) Er ist kein Gelehrter, sondern ein Kaufmannsohn aus Thüringen, der aus der Lehre entlaufen ist und wegen eines Silberdiebstahls verfolgt wurde. (Schlesische und Thürin-gische Blätter.)
- 5) Er hat den früheren Miteigenthümer des „Social-Demokrat“ um seinen Antheil geprellt, sich hierbei des Schwindsels, Betrugs und der Fälschung schuldig gemacht. (Sächsische Blätter.)
- 6) Er ist unanständigen Pastern und dem Trunk ergeben. (Süddeutsche Blätter.)
- 7) Er steht insoengeim mit der Berliner Polizei in Ver-bindung, um dieser die Arbeiterbewegung in die Hand zu spielen. (Süddeutsche Blätter.)
- 8) Er unterhandelt ganz öffentlich mit dem Prinzen Albrecht von Preußen und bekommt von ihm vor ver-sammeltem Reichstag die Hand gedrückt. (Rheinische Blätter.)
- 9) Er verhandelt heimlich mit dem Grafen Bismarck bei einer Tasse Thee. (Rheinische Blätter.)
- 10) Er hat für die preussische Militärvorlage gesprochen und gestimmt. (Sächsische Blätter.)
- 11) Er gab vor, im Gefängniß zu sein, während er sich auf Vergnügungsreisen befand. (Berliner Blätter.)
- 12) Er war allerdings im Gefängniß, aber er hielt darin tablo d'hörs und trank Champagner. (Sächsische Blätter.)
- 13) Er hat bei der Vereinigung der beiden Vereine die Absicht gehabt, die deutsche Arbeiterpartei der Grafen Hayfeld zu überliefern. (Polsteinische Blätter.)
- 14) Er hat im Begegnen der Grafen Hayfeld gegenüber sich des Ehrenwortbruchs und des Betrugs schuldig gemacht. (Sächsische Blätter.)
- 15) Er geht auf Verdummung der Arbeiter aus, indem

er an der Kassale'schen Organisation festhält und dadurch jeden Fortschritt unmöglich macht. (Berliner Blätter.)

16) Er geht darauf aus, die Kassale'sche Organisation zu untergraben. (Sächsische Blätter.)

17) Er hegt brudermörderisch die deutschen Arbeiter hin-tereinander und sucht die Arbeiterbewegung ohnmächtig zu machen. (Sächsische Blätter.)

18) Er sucht die Arbeiterbewegung bis zu jener unnatür-lichen Höhe zu steigern, die nur mit einem revolutionären Klassenkampf enden kann. (Dresdener Blätter.)

19) Er hat den Allg. deutsch. Arb.-Verein um 1000 Thlr. und dann noch um 230 Thlr. beschwindelt und geprellt. (Sächsische Blätter.)

20) Er schiebt die angeblichen Agitatoren des Allg. deutsch. Arb.-Vereins von Bismarck'schem Gelde aus. (Süddeutsche Blätter.)

21) Er hat ein Mitglied der Volkspartei zu Magdeburg ins Gefängniß gebracht. (Babilische Blätter.)

22) Er hat ein Vereinsmitglied zu Erfeld der Polizei denunzirt. (Sächsische Blätter.)

23) Er hat die Wiener Arbeiter beschimpft. (Oesterreich-ische Blätter.)

24) Die Arbeiterbewegung in Wien ist durch seine Agen-ten angezettelt worden. (Oesterreichische Blätter.)

25) Er hat in Wien als Bismarck'sches Werkzeug keinerlei Einfluß. (Oesterreichische Blätter.)

26) Er läßt im Allg. deutsch. Arb.-Verein eine alle tyrann-ischen Regierungen überragende Willkürherrschaft aus und unterdrückt jede persönliche Freiheit. (Sächsische Blätter.)

27) Er beobachtet gegen die Berliner Polizei die größte Schamung. (Rheinische Blätter.)

28) Er hat die Berliner Polizei wiederholt heftig ange-griffen, so daß er dieselbe verurtheilt wurde, aber er that es nur aus Verstellung, um sein Spiel zu verdecken. (Säch-sische Blätter.)

29) Er wohnt in Hotels ersten Ranges. (Sächsische Blätter.)

30) Er ist gänzlich verwaesen und hat einen Buckel. (Schlesische Blätter.)

31) Er sucht überall bewaffnete Pöbelrotten zu organis-iren. (Berliner Blätter.)

32) Wie er selbst erklärt hat, ist sein ganzer Zweck nur, von der preussischen Regierung eine Anstellung zu bekommen. (Sächsische Blätter.)

33) Er ist ein Jesuitenzögling voll feiger Hinterlist. (Säch-sische Blätter.)

34) Er ist ein frecher und schamloser agent provocateur, ein von der Reaction erkauftes Subjekt. (Rheinische Blätter.)
Wie ist es möglich, daß ein solches Scheusal ohne Gleichen auch nur einen Tag lang an der Spitze der deutschen Arbeiterbewegung stehen konnte? —

§ 33 der Gewerbeordnung.

Bei der Verathung desselben im Reichstage sagte der national-liberale Abgeordnete Miquel, daß man dahin wirken müsse, daß die Polizeibehörden das Vertrauen der Be-völkerung in vollem Maße genießen. Umschrieben heißt diese Phrase nicht anders: „wir wollen die Polizeigewalt durch die Gesetz so wenig als möglich einschränken.“ In der folgenden Sitzung fand Unterzeichneter Gelegenheit, dem Herrn Miquel zuzurufen: „So lange die Polizeibeamten nicht Engel sind, sondern Menschen, werden sie immer mehr oder weniger in Irrthümer und Fehler verfallen und von unbe-dingtem Vertrauen kann nicht die Rede sein.“ Der Abge-ordnete und oberste Polizeichef von Danabrück, Herr Miquel, belam aber für seinen Abänderungsantrag, der nicht einen Deut besser war, als der Entwurf der Regierung, die Ma-jorität, und so erhielt die neue Gewerbeordnung diesen sa-mosen der Polizeiwilthür Thür und Thor öffnenden § 33. Die linke Seite des Hauses wollte natürlich keinerlei Be-schränkung; der Handel und Kaufmann von Branntwein, Gerüchtung eines Geschäftes, einer Restauration sollten kei-nerlei polizeilicher Erlaubniß unterliegen. Die social-demo-kratische Partei war dabei auf das Höchste interessirt — die Wirthe, welche unter dem Einflusse der Bourgeoisie oder der Polizei stehen, haben uns tausend Mal das Lokal verwei-gert, oder falls sie bereits zugelagt, in letzter Stunde noch ihr uns gegebenes Wort gebrochen. Würde aber die Schankwirtschaft freigegeben, so würden sich auch genug Parteigenossen, in deren Lokalen wir unsere Versammlungen abhalten könnten. Man sagt nun zwar: Bier- und Wein-wirtschaft seien ja thatsächlich freigegeben, die polizeiliche Erlaubniß hänge ja nur davon ab, ob der Nachsuchende ein arbeitsfähiger Mensch sei und ob das Lokal den poli-zeilichen Anforderungen genüge. Die Fassung des § 33 ist nun auch so, daß die Polizei nicht willkürlich Jemanden zu einem schlechten Subject machen kann, es müssen Thatsachen vorliegen, die ihr das Recht zur Verweigerung der Concession geben. Aber ob das Lokal den polizeilichen Anforderungen genügt — nun, das hat Herr Miquel getroffen ganz allein der Polizei überlassen und so ist es schon geschehen, daß der Landrath des Reiches Dulsburg zwei Parteigenossen deshalb die Erlaubniß zum Betriebe einer Restauration verweigert hat, weil die Lokale den polizeilichen Anforderungen nicht genügen. Und doch sind beide Lokale in ganz neuen an der Straße gelegenen

Häusern, und doch sind die Stuben so groß, daß dieselben bequem 40 Gäste beherbergen können. Warum die Lokale den polizeilichen Anforderungen nicht genügen, das verschweigt der Herr Landrath. Möglich ist es ja, daß der Herr Land-rath chinesischer Lafen und Teppiche zur Ausschmückung des Lokals für nöthig hält! Vielleicht aber auch wünscht er, daß die Tische und Stühle am Boden festgeschraubt sind, damit bei etwaiger Keilerei die Tisch- und Stuhlbeine nicht gebraucht werden können. Der Recurs an die Königl. Re-gierung zu Düsseldorf ist bereits erhoben. — Diese 2 Fälle sind mir nun bekannt geworden; wieviel ähnliche Fälle mögen im norddeutschen Bunde jetzt schon vorgekommen sein und wieviele mögen noch vorkommen. — Die Vertrauensselig-keit der Nationalliberalen zeigt sich, wie man sieht, auch so-gar in Bezug auf preussische Polizeibeamte. Wenn es nicht eigens durch ein Gesetz festgestellt wird, welche Eigenschaften ein Lokal besitzen muß, um den polizeilichen Anforderungen zu genügen, so könnte ja sogar ein eigenwilliger Polizei-beamter dem Herrn Dr. Stroussberg, wenn er in seinem Palaste in der Wilhelmstraße zu Berlin eine Wirtschaft betreiben wollte, die Erlaubniß versagen, weil sein Lokal den polizeilichen Anforderungen nicht genüge; möglicher Weise befürchtend, daß die Schutzmannen von all der inneren Pracht geblendet ihrer Pflicht aus Sehen dort nicht genügen würden. Die Vertrauensseligkeit ist im Staatsleben die Mutter alles Bösen; mit mißtrauischen Augen muß die Ausführung der Gesetze bewacht werden — die Gesetze selbst aber müssen so sein, daß die ausführenden Behörden keinerlei Willkür aben können. Und der § 33, Herr Miquel? Dem Besitzer eines gut gelegenen schönen Lokals kann, da er anderer politischer Ansicht ist als der betreffende Herr Landrath, weil er viel-leicht gar gegen denselben bei den Reichstagswahlen gewählt und gestimmt hat, die Erlaubniß zum Betriebe einer Bier-, Wein- und Speisewirtschaft versagt werden auf Grund des Absatzes: „wenn das Lokal den polizeilichen An-forderungen genügt.“ Dieser Satz, den der Herr Polizeichef von Danabrück in die Gewerbeordnung gebracht hat, bedeutet auf gut Deutsch nichts Anders, als Polizei-wilthür.
W. Hasenclever.

Annoucen.

Für Darmen.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Zwei Versammlungen
finden statt, und zwar die erste
Samstag, den 18. December, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Sassen in Unter-Darmen.
Die zweite
Sonntag, den 19. December, Abends 7 Uhr,
bei Herrn v. h. r. Wilhelm, Parlamentstraße.
Zutritt frei für Jedem. Der Bevollmächtigte.

Für Darmen.

Allg. deutsche Arbeiterschaft der Hand- u. Fabrikarbeiter.
Versammlung
Montag, den 20. December, Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Ketter, Heckinghausstraße.
Der Bevollmächtigte.

Für Hamburg.

Gewerkverein deutscher Holzarbeiter.
Geschlossene Mitgliederversammlung
Sonnabend, den 18. December, Abends 9 Uhr,
im Tischler-Amtshaus, Breitestraße.
Tagesordnung:
Vortrag von Herrn Richter. Lehder.

Für Ebersfeld.

Allg. deutsche Manufakturarbeiterschaft.
Versammlung
Freitag, den 24. December,
Tagesordnung:
Vorlage der Krankenkassen-Statuten. — Vortagung über die französische Revolution von 1789.
Der Bevollmächtigte.

Todes-Anzeige.

Allen unseren Parteigenossen die betäubende Mittheilung, daß am 7. December uns unser treuester Bruder, das Mit-glied des Allg. deutsch. Arb.-Vereins und der Metallarbeiter-schaft, **Wilhelm Krachten**, durch den Tod entzissen wurde. Schmerzlich bedauern wir seinen Verlust. Stets war er, als einer der Besten für die Idee der Einheit, und in allen Stürmen und Kämpfen an der Spitze. Den Be-weis der Liebe, die er sich bei seinen Vätern erworben, lieferten unsere Mitglieder, aus deren fest geschlossener Kette heute beim Geleite zur letzten Ruhestätte nur wenige fehlten im Zuge mit der Kassaleaner-Fähne, bekränzten sein Grab, und schieden tiefbetäubten Herzens.
Im Namen sämmtlicher Mitglieder Öffentlich:
Der Bevollmächtigte Lenz.
Essen, 10. December 1869.

Für Berlin.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.

Mitglieder-versammlung

Sonnabend, den 18. December, Abends 8 1/2 Uhr,

im Etablissement „Vauxhall“, Dresdenstr. 96.

Tagesordnung:

Vortrag des Präsidenten über seine siebenwöchentliche Organisationsreise, die letzten Parteivorgänge in Berlin und den Zustand der Partei im Allgemeinen.
Discussion.
Die Mitglieder der zum Verband gehörigen Gewerkschaften sind eingeladen.
Die Presse hat Zutritt.

Im Auftrage: Der Bevollmächtigte **G. W. Tölke.**